



Arbeitsgemeinschaft  
Bayerische Fluss-Allianzen

## Wasserwirtschaft und Landwirtschaft

### – Probleme und Perspektiven –

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus der Sicht der bayerischen Fluss-Allianzen will ich nun über Probleme und Perspektiven beim Schutz unserer Gewässer und unseres Wassers vor Einträgen aus landwirtschaftlich genutzten Flächen sprechen.

Ich denke, dass es in diesem Kreis unnötig ist, über die schädlichen Folgen der Kolmation, die Auswirkungen der Überdüngung von Gewässer und anderes mehr zu referieren. Wir kennen die Probleme und im Prinzip wissen wir alle, was zu tun ist. Wenn wir fragen, wo „das Problem liegt“ und „wo es hakt“, können wir davon ausgehen, dass es uns nicht an Wissen mangelt.

Ein Ergebnis des Strukturwandels, den die Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten durchlaufen hat, liegt darin, dass es (pointiert formuliert) keine blöden Bauern mehr gibt. Wer heute einen landwirtschaftlichen Betrieb führt, verfügt über eine gute Ausbildung und solide Kenntnisse. Zu fragen ist, warum dann so oft nicht das Richtige genügend getan wird.

Ein großes Problem liegt darin, dass wir einen klareren Ordnungsrahmen brauchen, in dem sich die Landwirtschaft bewegt. Die Freiheit des Eigentums findet hier seine Grenzen dort, wo die Rechte anderer berührt werden. Der Landwirt kann auf seinen Flächen im Grundsatz tun, was er will. Wenn aber von seinen Feldern Erdreich in Bäche oder Teiche eingeschwemmt wird, verletzt das das Eigentum und die Rechte anderer. Das Wasser unter den Feldern gehört nicht dem Bauern, sondern der Allgemeinheit. Wo die Gewässer und das Grundwasser durch Landwirte belastet oder geschädigt werden, muss wie in jedem Gewerbebetrieb das Verursacherprinzip gelten. Wenn es nicht auf dem Weg der Freiwilligkeit möglich ist, das Interesse der Allgemeinheit an sauberem Wasser und intakten Gewässern durchzusetzen, muss der Ordnungsrahmen entsprechend angepasst werden.

Ein klarer Rahmen für die Landwirtschaft wird am besten auf europäischer Ebene durch eine Bodenschutzrichtlinie zu erreichen sein. Die Regeln, die im Bundesbodengesetz und in den Wassergesetzen enthalten sind, müssen dahingehend konkretisiert und weiterentwickelt werden, dass Gewässerschädigung sanktioniert wird.

Es geht aber nicht nur um Gesetze. Es geht auch darum, sie umzusetzen. Es gibt die Möglichkeit, dass das Landratsamt in dem Fall, dass es innerhalb von zehn Jahren wiederholt zu erheblichen Bodenabschwemmungen kommt, den Ackerbau auf einer Fläche untersagt oder unter Auflagen erlaubt. Dies geschieht allerdings nicht. Hier gilt es, „Vollzugsdefizite“ zu überwinden und in diesem Zusammenhang muss man sich die Verordnungen hierzu näher ansehen.

Die Förderung der Landwirtschaft darf nicht dazu verleiten, das Richtige nicht zu tun, weil man erst

einmal abwarten will, wie hoch die Zuschüsse sind, die verfügbar gemacht werden. Was der Landwirt mit vertretbarem Aufwand machen kann, muss er im Rahmen der fachlichen Praxis machen – auch im Interesse der Bewahrung der Substanz des Anwesens und zur Sicherung der Existenz des Betriebes. So schön es ist, dass im vergangenen Winter so viele Felder wie nie begrünt wurden, bleibt festzustellen, dass dies geschah, weil man es als „Greening“ verbuchen konnte. Das Greening darf nicht zerrupft werden. Es soll einen Anreiz bieten für Maßnahmen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen und die nicht ohnehin ein vernünftiger Landwirt treffen sollte.

Nachhaltige, umweltverträgliche Landwirtschaft wird in erster Linie gefördert durch Ausbildung und Beratung. Ressourcenschonende und umweltverträgliche Landwirtschaft muss mehr als bisher im Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Ausbildung und Fortbildung stehen. Die Beratung durch Wasserberater ist auszubauen – pro Landkreis brauchen wir einen Wasserberater. Die Ländliche Entwicklung ist gefordert, an Stelle von „Flurbereinigungen“ alter Art eine Flurbereicherung zu betreiben. Man kann vielfach mit kleinen Maßnahmen große Wirkung erreichen – hier muss die Beratung vorangebracht werden.

Wir müssen sehen, wo man mit marktwirtschaftlichen Mitteln umweltverträgliche Landwirtschaft fördern kann. Die Naturschutzverbände fordern eine Besteuerung von Stickstoff- und Phosphor-Düngung, die einen Anreiz zu sorgsamem Einsatz von Mineraldünger und zu besserer Nutzung von organischem Dünger bietet. Die so eingenommenen Steuern können auf andere Weise wieder der Landwirtschaft zugeführt werden.

Es sollte erreicht werden, dass Qualitätssiegel wie „Qualität aus Bayern“ „Premium-Produkte“ auszeichnen, die naturverträglich erzeugt wurden. Es stimmt nicht, dass der Verbraucher an der Misere der Landwirtschaft schuld sei, weil er immer nur das Billigste kauft. Der Verbraucher soll aber sichergehen können, dass das, was als Qualität bezeichnet wird, auch tatsächlich besondere Qualität aufweist.

Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die Förderung der Öko-Landwirtschaft in sehr hohem Maße auch den Belangen des Gewässer- und Grundwasserschutzes entspricht.

Es bleibt zu fordern, dass der Anbau von Mais für Biogas-Anlagen nicht auszubauen, sondern zu verringern ist.

Selbstverständlich wird man weitere Programme wie das gute alte Kulturlandschaftsprogramm brauchen. Nachdem sich aber gezeigt hat, dass der Weg der Freiwilligkeit und der Förderprogramme nicht ausreichend zielführend war, so dass nun mehr Ordnungsrecht notwendig ist. Eines aber bleibt auf jeden Fall: Man muss das Richtige und Notwendige einfach tun.

Ich denke hier an eine Situation, die ich im Oberpfälzer Wald erlebt habe. Ein Feld nimmt einen ganzen Hang ein und nach einem Starkregen wurde sehr viel Boden abgetragen. Ich habe den Landwirt darauf angesprochen, dass es hier doch früher sicher mehrere Schläge gegeben habe und dazwischen Hecken und Raine, die das Wasser bremsen, und Gräben, in denen das Wasser abgeführt wurde. Nun gut, der gemeindeeigene Straßengraben war wohl durch ein Versehen gepflügt worden und verschwunden. Die Antwort des Landwirts war: Ja, da gab früher Hecken und anderes mehr – aber dann „ist die Flurbereinigung gekommen und hat uns das weggenommen.“ Da fragt man sich doch: Wer ist hier der Bauer auf dem Hof? Wenn ich eine Hecke oder eine Grünstreifen brauche, dann mache ich das – egal, welchen Unsinn frühere Flurbereinigungen hier gebracht haben. Und für eine Schlagteilung brauche ich kein Flurordnungsverfahren. Man muss einfach tun, was zu tun ist, egal ob es Zuschüsse gibt oder nicht.

Zuletzt bleibt anzumerken, dass es uns doch sehr entsetzt hat wie sich zuletzt der Deutsche Bauernverband sehr heftig gegen die Naturschutzverbände positioniert hat. Nun gut, seit längerem schon sehen wir die Landwirtschaft vor allem beleidigt. Landwirte sehen sich „an den Pranger

gestellt“ und verdächtigt. Die Bauernverbände haben sich eine Schützengraben-Mentalität angeeignet, die die Suche nach Problemlösungen erschwert.

Es kann in der Landwirtschaft kein simples „Weiter so!“ geben. Nicht der Naturschutz ruiniert die Landwirtschaft. Die Strukturen der gegenwärtigen Landwirtschaft vernichten fortwährend bäuerliche Existenzen. Es geht nicht darum, **ob** sich die Landwirtschaft neu orientieren soll, sondern **wie** dies geschehen kann. Hier kann der Dialog mehr helfen als die Konfrontation.

Es ist klar, dass wir die Probleme des Gewässer- und Grundwasserschutzes nur lösen kann, wenn es zu einer grundlegenden Kurskorrektur in der Landwirtschaft kommt. Aber das steht nun heute nicht zur Debatte. Wir haben darüber zu sprechen, wie wir unsere Gewässer und Grundwasserkörper in einen guten Zustand bringen. Die Tatsache, dass wir hier miteinander nach Lösungen suchen, ist ein Schritt in die richtige Richtung und so sehen wir dieser Tagung vorsichtig optimistisch entgegen.

Dr. Josef Paukner  
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen  
6. Juli 2016